



# ABSTIMMUNG VOM 25. NOVEMBER 2018

## «SELBSTBESTIMMUNGS»-INITIATIVE

### Darum braucht es ein Nein

Die Schweiz pflegt rund 5000 Abkommen mit Ländern aus aller Welt. Eine Annahme der «Selbstbestimmungs»-Initiative hätte Auswirkungen auf viele dieser Verträge. Dies, weil die Vorlage den generellen Vorrang der Bundesverfassung vor Völkerrecht verlangt. Die Folge: Bei Widersprüchen zwischen einem Vertrag und der Verfassung bleibt keinerlei Spielraum. Stattdessen müssten die Verträge neu verhandelt oder gar gekündigt werden. Die Initiative geht sogar noch einen Schritt weiter: Sie fordert, dass Schweizer Gerichte im Fall eines Widerspruchs auch gültige Verträge missachten müssten, wenn diese nicht dem Referendum unterstanden. Davon könnten nicht nur Wirtschaftsabkommen betroffen sein – sondern auch die Europäische Menschenrechtskonvention.



Foto: iStock

## «SBI schafft Rechtsunsicherheit»



Philipp Müller,  
FDP-Ständerat des Kantons Aargau

Wir Aargauerinnen und Aargauer wohnen in einem schönen Kanton mit Flüssen, Schlössern und weitläufigen Erholungsgebieten. Unsere Wasserkraft, die ausgebaute Infrastruktur, qualifizierte Arbeitskräfte und eine wirtschaftsfreundliche Bevölkerung erleichtern unternehmerisches Tun. Der Aargau ist deshalb auch für Unternehmen attraktiv, die erfolgreich auf vielen Märkten tätig sind. Unsere besondere Stärke ist die Industrie. Grosse, mittelgrosse und kleinere Produktionsbetriebe aus vielen Branchen sind bei uns zu Hause und bieten eine Vielzahl von qualifizierten Arbeitsplätzen. Besonders stark sind die Chemie- und Pharma-, Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Deren Unternehmen verdienen ihr Geld vorwiegend mit Exporten

in die ganze Welt und sichern so viele Arbeitsplätze. Damit das so bleibt, brauchen die Unternehmen aber sichere Rahmenbedingungen sowie einen möglichst problemlosen Zugang zu ihren Märkten. Dafür sind gute Beziehungen zu den anderen Staaten notwendig. Internationale Abkommen schaffen Rechtssicherheit und helfen, uns nötigenfalls zu wehren, uns auch als kleiner Staat vereinbarte Spielregeln durchzusetzen. Die Schweiz muss auch in Zukunft ein verlässlicher Vertragspartner bleiben und kann es sich nicht leisten, auf klare Regeln zu verzichten. Das alles soll nun durch die unnötige «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI) aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb sage ich am 25. November 2018 mit Überzeugung Nein. <<



### Unberechenbare Folgen

Die SBI ist äusserst kompliziert. Sicher ist nur die Rechtsunsicherheit, die eine Annahme der Initiative zur Folge hätte.

2

### Menschenrechte werden angegriffen

NGOs wehren sich schweizweit gegen die Initiative.

6

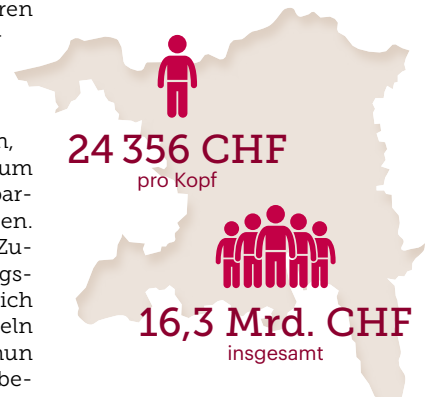
### Export gefährdet

5000 internationale Verträge betroffen.

7

## Exporte Aargau

Das exportiert der Kanton Aargau jährlich. Dieser Erfolg ist durch die SBI gefährdet.



Ohne Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten  
Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, 2017



### Darum sage ich Nein:

«Die Initiative hält nicht mal im Ansatz, was sie verspricht.»

8











# Export-Champion dank globalem Vertragsnetz

**Hunderte Handelsverträge sichern den Erfolg der Exportnation Schweiz. Bei einer Annahme der «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI) könnte sich das ändern.**

Egal ob Maschinen, Medikamente oder Schokolade: Schweizer Produkte werden rund um den Globus geschätzt. Dies auch dank des hervorragenden Vertragsnetzes, das unser Land über Jahrzehnte mit Partnern aus aller Welt aufgebaut hat. Klar ist aber auch: Die besten Produkte sind nichts wert, wenn sie nicht zu wettbewerbsfähigen Bedingun-

gen verkauft werden können. Genau dieses Szenario droht nun mit der SBI. Die Vorlage gefährdet nicht weniger als 5000 internationale Verträge, davon 600 Wirtschaftsabkommen.

Der Hintergrund: Die erwähnten Verträge sind allesamt Teil des Völkerrechts. Gleichzeitig waren sie bei ihrer Unterzeichnung aber auch vereinbar mit der Bundesverfassung. Da diese relativ häufig geändert wird, können Widersprüche entstehen. Trat in der Vergangenheit ein solcher Fall auf, suchte die Schweiz mit ihren Partnern aus aller Welt nach unkomplizierten Lösungen und fand diese fast immer. Damit könnte nun Schluss sein.

Die SBI schreibt vor, dass die Verträge in einem solchen Fall neu verhandelt oder gekündigt werden müssen. Dies könnte zu absurden Situationen führen etwa dann, wenn eine Initiative angenommen wird, die gegen eine Regel der Welthandelsorganisation (WTO) verstösst. In diesem Fall müsste die Schweiz diesen weltumspannenden Vertrag neu aushandeln oder die WTO verlassen. Beides ist für einen Export-Champion eine denkbar schlechte Option. «

## SBI bedroht auch die Bilateralen

Europa ist der mit Abstand wichtigste Markt für Schweizer Produkte. Den Zugang regeln die Bilateralen verträge, die demokratisch beschlossen wurden. Es besteht aber beispielsweise ein Widerspruch zwischen Landverkehrsabkommen und Alpenschutzartikel. Das würde mit Augenmass gelöst. Die SBI lässt das nicht mehr zu. Sie riskiert damit die Kündigung von Verträgen. Damit gefährdet sie das gesamte Paket der Bilateralen I.

## Menschenrechte schützen auch Unternehmen

Mit der SBI droht eine Schwächung des internationalen Menschenrechtsschutzes, und das hat auch für die Wirtschaft gravierende Nachteile. Einerseits schützt die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) Angestellte von Schweizer Unternehmen im Ausland. Andererseits sichert sie allen Unternehmen auch das Recht auf faire Gerichtsverfahren, die freie Meinungsäusserung oder den Schutz der Privatsphäre zu. Angestellte und Unternehmen können ihre Rechte auf diesem Weg einfordern, wenn sie glauben, von einem Staat unfair behandelt zu werden.



## «Die Initiative hält nicht mal im Ansatz, was sie verspricht»

Peter Fischer, Sie führen ein bekanntes Aargauer Familienunternehmen in der sechsten Generation und beschäftigen in der Schweiz und in Deutschland rund 400 Mitarbeitende. Warum ist Ihr Unternehmen so erfolgreich?

Wir konzentrieren uns auf unsere Kernkompetenzen, steigern laufend die Effizienz und bleiben innovativ. Überdies profitieren wir von guten Rahmenbedingungen – unser Land pflegt seine Beziehungen zu anderen Staaten. Dank internationaler Vereinbarungen können wir relativ hür-

denfrei exportieren und weltweit verlässliche Kundenbeziehungen aufbauen.

Warum ist die «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI) für ein KMU wie Ihres so gefährlich?

Wir exportieren über 90 Prozent. Wie für viele Unternehmen im Aargau ist die Welt unser Markt. Wir sind auf einen raschen Zugang zu den internationalen Märkten angewiesen. Dort verdienen wir unser Geld, das wir unter anderem in der Schweiz re-investieren und dadurch Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

Eine unnötige Abschottung unseres Landes und unserer Wirtschaft schadet uns allen.

Was bedeutet die SBI für Ihre Exportbeziehungen?

Aufgrund unserer Mentalität legen wir viel Wert auf Qualität und überdurchschnittliche Serviceleistungen. Dass wir Wort halten, wird weltweit geschätzt. Unsere Partner würden mit Unverständnis reagieren, wenn wir auf einmal Schweizer Landesrecht strikte über internationale Vereinbarungen und Völkerrecht stellen würden. Rechtsunsicher-

heit und Willkür sind Gift für jede Kundenbeziehung.

Warum lehnen Sie persönlich die SBI ab?

Wir alle müssen sorgfältig mit dem Werkplatz Schweiz umgehen. Die Schweiz darf sich nicht weiter ohne Not abschotten. Wir sind Teil Europas und insbesondere wirtschaftlich überdurchschnittlich davon abhängig. Die SBI hält nicht, was sie verspricht. Weder bringt sie mehr Klarheit noch schützt sie unsere Demokratie. «



«Durch die Rückwirkungsklausel stehen auch bereits abgeschlossene Verträge plötzlich unter einem Dauervorbehalt. Das ist absurd. Darum Nein am 25. November.»

**Bernhard Guhl**  
Nationalrat BDP



«Die SBI schafft vor allem eines: viel Unsicherheit. Die Schweiz kann dabei nur verlieren.»

**Corina Eichenberger-Walther**  
Nationalrätin FDP



«Das heutige System funktioniert. Widersprüche zu internationalen Verträgen gibt es kaum. Wieso alles umkrempeln und Unsicherheit schaffen? Ich sage überzeugt Nein am 25. November.»

**Beat Flach**  
Nationalrat GLP



«Diese Initiative will unser Land vertragsbrüchig machen. Zum Schaden unserer erfolgreichen Schweiz.»

**Ruth Humbel**  
Nationalrätin CVP



«Es kann nicht im Interesse unserer Schweiz sein, gut funktionierende Verträge über den Haufen zu werfen und sich so international ins Abseits zu stellen.»

**Matthias Samuel Jauslin**  
Nationalrat FDP

Jetzt  
brieflich  
abstimmen!



 #sbinein

[www.neinzursbi.ch](http://www.neinzursbi.ch)

## Wer sagt Nein?

Bundesrat & Parlament, Konferenz der Kantonsregierungen, FDP, CVP, SP, Grünliberale, BDP, EVP, Grüne, Operation Libero, economiesuisse, SwissBanking, Swissmem, Science-industries, swissuniversities, ETH-Rat, Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB), Schutzfaktor M, Helvetas, Caritas, Amnesty International Schweiz, Inclusion Handicap, Nebs, Young European Swiss, Dringender Aufruf und Auslandschweizer-Organisation (ASO).

## Impressum

**AARGAUER KOMITEE «NEIN zur Selbstbestimmungs»-Initiative**

Postfach 2128  
5001 Aarau  
[www.aargauerkomitee.ch](http://www.aargauerkomitee.ch)